

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 200 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 100 Mark, Reklame 300 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Wir sehen keinen anderen Weg der Rettung, als eine Erneuerung von innen heraus, aus den tiefsten Wurzeln des deutschen Wesens. Das ist ein langer gefahrenreicher Weg. Die elementarsten staatlichen Kräfte des Deutschen, das Heimatgefühl, der Sinn für Ordnung und Gerechtigkeit, für Arbeit und Treue, sind die Fundamente, die erst wieder stehen müssen, ehe irgend etwas anderes Bestand haben kann. Ueber ihnen aber brauchen wir in diesem zersplitterten, zerrissenen Deutschland noch eine höhere gemeinsame Einheit: sie ist größer, als sie im alten Reich von 1871 war: die Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes. Karl Alexander v. Müller.

ziehen; bleibt also ein amerikanischer Reallohn pro Stunde im Durchschnitt im März von ziffla 1,50 Goldmark gegenüber einem bei qualifizierten Arbeitnehmern hoch angelegten Durchschnittsreallohn in Deutschland im März von 43 bis 48 Goldpfennigen pro Stunde. Und wenn Dr. Meißinger englische Untersuchungen über den Stand des Reallohns in beiden Ländern zur Beweisführung für seine Ansichten reizen, dann möge er auch den Aufsatz in der „Westminster Gazette“ über die Kaufkraft englischer und deutscher Angestelltengehälter sich vor Augen halten, dem folgende Ziffern entnommen werden:

	ein deutscher Angestellter	ein englischer Angestellter
1 Pfund Margarine . . .	5 Stunden	20 Minuten
1 Ei . . . . .	10 Minuten	10 Minuten
1 Pfund Feinzucker . . .	1 Stunde	20 Minuten
1 Pfund Rindfleisch . . .	4,20 Stunden	1,15 Stunden
1 Stück Seife . . . . .	45 Minuten	12 Minuten

Es arbeitet, um zu bekommen:

Die dieser Berechnung zugrunde gelegten Preise sind durch das neue Klettern der Preise in Deutschland zudem wieder überholt.

Das neue in den Vordergrund gestellte Argument der Unternehmer, das durch Dr. Meißinger vertreten wird, nämlich, daß man bei der Untersuchung des Lohnanteils nicht irgendein Endprodukt nehmen dürfe, sondern feststellen müsse, wie groß der Lohnanteil in den aufeinanderfolgenden Stufen der Produktion, angefangen von der Kohle und den Rohstoffen, sei, klingt natürlich plausibel. Es fällt uns aber auch gar nicht ein, bei solchen Vergleichen nur ein Endprodukt in Betracht zu ziehen. Auch in der Vorkriegszeit haben selbstverständlich in den Halbfabrikaten bereits Lohnanteile gesteckt, und auch diese sind in der Nachkriegszeit erheblich niedriger. Wenn dieses der Fall ist, und das trifft zu, dann ist selbstverständlich der Gesamtlohn, der in einer Fertigung steckt, im Vergleich zu den sonstigen Kostenelementen jetzt niedriger als früher, und in Deutschland jedenfalls niedriger als in den mit der deutschen Industrie im Wettbewerb stehenden Ländern, die ja auch nach dem Kriege nicht die früheren Produktionsziffern erreicht haben und zudem noch meistens größere stehende Heere in unproduktiver Weise zu unterhalten haben. Man greift nicht fehl, wenn man, überschläglich gesehen, die durchschnittliche Preishöhung in Deutschland auf das 7000fache des Friedensstandes einerseits und die Lohnentwicklung auf das 2000-2500fache andererseits annimmt.

Die deutsche Wirtschaft hat, von Ausnahmen abgesehen, sich von dem unbeständigsten Wertmesser, der Papiermark, abgewandt und ihre Preise ganz richtigerweise größtenteils nach der Goldrechnung eingestellt. Nur der Staat erhält noch (abgesehen von den Zöllen und Ausfuhrabgaben) keine Steuern nach der Goldrechnung von den Unternehmern, und bei den Arbeitnehmern wird diese Goldrechnung hinsichtlich der Entlohnung auch noch nicht praktiziert. Die Meinung Dr. Meißingers, daß auch die Einzelgehälter sich schon vielfach der Goldgrenze näherten, ist zweifellos eine irrthümliche. Es gehören schon allerhand Kombinationen dazu, um solche „Goldgehälter“ bei einzelnen Arbeiterkategorien herauszurechnen.

Dr. Meißinger macht den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie bei ihren Berechnungen den Fehler begingen, daß sie das Vielfache des Lohnes und damit den Lohnanteil immer nur auf den Lohn des einzelnen Arbeiters aufstellten und nicht untersuchten, ob nicht im Verhältnis zu der Vorkriegszeit gerade hier grundlegende Veränderungen für unsere Produktionsmöglichkeiten sowie für den Produktionsgang selbst eingetreten seien, die zu einem ganz anderen Ergebnis führen müßten. Nicht nach dem Vielfachen des Lohnes des einzelnen Arbeiters gegenüber dem Friedenslohn, sondern nach der gesamten im fertigen Produkt stehenden Lohnsumme sei die Frage des Lohnanteils zu beurteilen. Das letztere

ist unbestreitbar, und es wird keinem ernst zu nehmenden Gewerkschaftsvertreter einfallen, die mittelbaren Lohnkosten bei Vergleichen außer Betracht zu lassen. Diese Dinge aber derart zu überstreifen und den Schluß zu ziehen, daß die deutsche Gesamtproduktion bereits mit einer Gesamtlohnsumme in Gold annähernd auf Friedenshöhe, zum Teil über Friedenshöhe belastet ist, sollte man bei einem so ernsten Manne, wie es Dr. Meißinger ist, kaum für möglich halten. Es wäre übrigens eine dankbare Aufgabe für Unternehmerinduzis, einmal zu untersuchen, inwieweit die äußerst billigen Löhne die Unternehmer verführen, zu viele menschliche Hilfskräfte einzustellen, anstatt mit allen verfügbaren Mitteln den technischen Fortschritt zu fördern. Darin aber gehe ich mit Dr. Meißinger konform, daß wir nach und nach mit der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten, wo sie noch besteht, aufzuräumen müssen, wobei allerdings das Wohnungswesen, des Monopolcharakters wegen, noch für lange Zeit eine Ausnahme wird bilden müssen. Dabei verhehle ich mir auch keineswegs, daß die die Wirtschaft hindernden Demobilisierungsvorschriften nicht alle in Ewigkeit fortbestehen können, manches wird fortfallen, was sich bewährt hat, in Gesetzesform gefaßt werden müssen. Wenn Dr. Meißinger aber unter „Fortfall der Zwangswirtschaft“ auch die Beseitigung der Ansätze der Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben und in der deutschen Wirtschaft überhaupt versteht, dann vermögen die Arbeitnehmer ihm unter keinen Umständen in diesem gefährlichen Gedankengänge zu folgen. Ueber die Frage einer vernünftigen Anpassung der Arbeitszeit an die Erfordernisse und Eigentümlichkeiten der deutschen Wirtschaft lassen von Fall zu Fall alle einsichtigen Arbeitnehmervertreter durchaus mit sich reden. Diese stehen durchweg auch nicht auf dem Standpunkt, daß den deutschen Arbeitnehmern in absehbarer Zeit „Goldlöhne nach dem Friedensstande“ gezahlt werden können. Die Erreichung von Friedenslöhnen, die im früheren Sinne eigentlich heute nicht einmal solche wären, da die Weltmarktpreise für die notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel sich bedeutend über das Niveau des Friedensstandes erhoben haben, steht noch in weiter Ferne. Wenn auch nicht bestritten werden kann, daß viele Arbeiterkategorien bei Mffordarbeit die Friedensleistung bereits erreicht und, wie einwandfrei nachgewiesen werden kann, sogar überschritten haben, so ist es dennoch richtig, daß die Auffahrt des Arbeitnehmereinkommens im Sinne der Vorkriegszeit solange nicht in die Erscheinung treten kann, als die deutsche Wirtschaft nicht durchgehend die gleiche Gütermenge der damaligen Zeit herstellt. Eine weitere Voraussetzung wäre das Eintreten einer größeren Werthständigkeit der deutschen Zahlungsmittel. Die vielfachen Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten, auch bei der Auszahlung und Feststellung der Gehälter und Löhne ähnlich wie sonst in der Industrie, die Goldrechnung zugrunde zu legen und zu größerer Klarheit und Uebersichtlichkeit im Lohnwesen zu kommen, ist absolut nicht schlechthin identisch mit der Forderung nach Goldlöhnen. Doch darüber soll in späteren Abhandlungen geredet werden.

Die Untersuchungen, die jetzt die Synodis der Arbeitgeberverbände in größeren Betrieben zwecks Feststellung der unmittelbaren und mittelbaren Lohnquoten und damit des Gesamtlohnsummenanteils an den Produktionskosten veranlaßt haben, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß streng genommen die Gesamtlohnsumme schon über Friedenshöhe gestiegen ist, sind doch sehr einseitig eingeleitet und durchgeführt worden. Sie haben trotzdem zur Beurteilung der Frage der Produktionssteigerung einen gewissen Wert. Man kann aber nicht verlangen, daß die Arbeitnehmervertreter das Resultat dieser Untersuchungen in einzelnen, in mancherlei Beziehung ungünstigen Orten, und in Anbetracht des Umstandes, daß bei ihnen die verantwortlichen Vertreter der Arbeitnehmer nicht mitgewirkt und mitgeprüft haben, als unbedingt richtig hannahmen. Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten, ja sogar ein

### „Gesunde Lohnpolitik“

Von Fritz Baltruich, Berlin.

II

(Schluß.)

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts hat sich im Anschluß an die enorme Steigerung der Devisen das Niveau der Großhandelspreise von dem 6188fachen des Friedensstandes am 5. Mai auf das 7149fache oder 13,9 Prozent am 15. Mai erhöht. Die Lebensmittel allein stiegen in diesen wenigen Tagen von dem 4802fachen auf das 5788fache oder um 20 Prozent, und diese gefährliche Entwicklung ist schnell weitergeschritten. Der niedrige Reallohn des Vorjahres ist nach objektiven Untersuchungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beispielsweise bei einer Fachgruppe, nämlich bei den verheirateten Metallarbeitern, im März 1923 gegenüber August 1922 um mehr denn 20 Prozent gesunken. Bei den Angestellten ist dieser Prozentsatz des weiteren Sinkens der Lebenshaltung ein noch höherer. Und selbst ein Kronzeuge des Dr. Meißinger, der Direktor des statistischen Büros im britischen Arbeitsministerium John Hilton, der Lohnvergleich zwischen deutschen und englischen Arbeitslöhnen unter Zugrundelegung derselben Kaufkraft und mit entsprechender Umrechnung des deutschen Marklohns in Schillinglohn anstellt, kommt zu dem Ergebnis, daß die englischen und deutschen Vergleichslöhne so ausfielen:

	Großbritannien		Deutschland	
	sh	d	sh	d
Handwerker . . . . .	88	—	44	2
Ungelernte Arbeiter . . .	61	—	43	3

Dr. Meißinger ist der Ansicht, daß, wenn in absehbarer Zeit die öffentlichen Brotzuschüsse aufgehoben und die Mietbindung freigegeben wird, der Anstieg der deutschen Löhne an die Weltmarktlöhne unbedingt erfolgt und damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie weiteren Gefahren entgegensieht. Die Brotzuschüsse und die gebundene Mietwirtschaft werden von namhaften Wissenschaftlern mit bestenfalls 20 Prozent der Lohnsumme beziffert, und ob die Hilton'schen Vergleichsziffern stimmen, ist auch noch fraglich. Der als sehr gewissenhaft bekannte Volkswirtschaftler Dr. John stellt z. B. in der Tageszeitung „Der Deutsche“ fest, daß die deutschen Löhne bis zu ein Viertel der realen Kaufkraft der Weltmarktlöhne ausmachen, selbst wenn man die innere Kaufkraft der zu vergleichenden Löhne berücksichtigt. Nach einer genauen Berechnung des amerikanischen Reallohns für März im Vergleich zum Reallohn der deutschen Arbeiter ergibt sich folgendes Bild:

Durchschnittslohn pro Tag . . .	5 Dollar
Preisindex . . . . .	155
Reihem Reallohn unter Auserachtlassung der Mieten pro Tag 3,5 Dollar, dividiert durch 8 = 44 Cents gleich 2 Goldmark.	

Wenn man den amerikanischen Reallohn mit dem deutschen Reallohn vergleichen will, wären nach genaueren Ermittlungen noch 40-60 Cents abzu-

gewisses System bereiten, besonders, wenn man einen bestimmten Zweck damit erreichen will. Immerhin, so wie der „Vorwärts“ in seiner Abendausgabe vom 14. Mai 1923 die sonst sehr beachtlichen Ausführungen Dr. Weiskingers schlagwortmäßig und agitatorisch in einem Artikel „Wie sich die Arbeitgeber Goldlöhne denken“ glaubt abtun zu können, kann man die tiefgehenden, für unsere Volkswirtschaft entscheidenden Dinge nicht behandeln. Allerdings muß gesagt werden, daß es nachgerade auffällt, daß man im Arbeitgeberlager so wenig Verständnis für die vielfach unheilvolle „Zwangswirtschaft“ der Kartelle, Syndikate und Preis-konventionen aufbringt. Davon redet man bei den Arbeitgebern nicht gern. Man redet immer viel von der unbedingten Erhaltung der Substanz der Wirtschaft, gut; mit einer ausgeleiteten und zermürbten Volkswirtschaft letzten Endes aber wieder die Wirtschaftssubstanz erhalten, geschweige denn vermehren! Zugegeben ist, daß in Betracht der seit langem völlig schwankenden Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse die Kling- und Trübungsbedingungen begünstigt worden ist. Wenn wir aber zu übersichtlicheren und stabileren Verhältnissen gekommen sind, muß auch der alte Grundsatz einer gesunden und ehrlichen Konkurrenz im gesamten Wirtschaftsleben wieder zur Geltung kommen.

gehoben werden kann, das unsere Gegner bestrebt. Man hat immer wieder den Eindruck, daß wenigstens Frankreich vorzüglich darauf besteht, Deutschland Verpflichtungen aufzubürden, die unsere Leistungsfähigkeit weit überschreiten. Auf diese Weise bietet sich die Möglichkeit, dem deutschen Volke noch auf lange Zeit hinaus wirtschaftliche und soziale Fesseln anzulegen.

Unter diesem Gesichtspunkte muß man auch die Vorschläge würdigen, die jetzt von verschiedenen inländischen Interessentengruppen in der Frage der Ausbringung der Reparationslasten gemacht werden. Man muß sich in erster Linie vergegenwärtigen, daß es sich um Vorschläge von Interessenten handelt, über die erst eine Diskussion stattfinden hat, und daß die endgültige Festsetzung des Maßes und der Art der Leistungen bei der verantwortlichen Regierung und bei der Volksvertretung liegt, dann aber ist zu berücksichtigen, daß die Aufrichtung des Reparationsproblems leider eine Auseinandersetzung verschiedener stark voneinander abweichender wirtschaftspolitischer Richtungen in Deutschland mit sich bringt. Es besteht die große Gefahr, daß wir über diesen Erörterungen den politisch günstigsten Augenblick für die Ueberreichung neuer Vorschläge an die Alliierten verpassen. Das Streben aller deutschen Parteien und Wirtschaftsgruppen sollte deshalb darauf gerichtet sein, zunächst in großen Umfassen eine innerpolitische Basis für diese neuen Vorschläge zu finden. Der ganze Komplex der jetzt auftauchenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme ist zu groß, als daß man ihn vor Ausarbeitung der neuen Note eingehender erörtern könnte.

Es muß dann weiter unter allen Umständen vermieden werden, daß die Panikstimmung, die Havenstein im Reichstagsauschuß als Hauptursache des jüngsten Marksturzes bezeichnet, noch weiter um sich greift. Andernfalls sind wir weiterer Verelendung und Zerschlagung preisgegeben. Es wäre übrigens zu wünschen gewesen, daß der Reichsbankpräsident, der doch offenbar über recht interessantes statistisches Material verfügt, dieses der Öffentlichkeit unterbreitet hätte. Seine Aussagen ließen aber erkennen, daß andere Kreise — offenbar Banken — wilde Spekulationen am Devisenmarkt vorgenommen haben. So erklärt sich vielleicht auch die Stimmungkeit, mit der eine gewisse großstädtische Finanzpresse den Blick der Öffentlichkeit auf die angeblichen Devisenkäufe der Industrie zu lenken suchte. Man darf nicht vergessen, daß die Großbanken Großaktionäre der Reichsbank sind, und daß ihre Vertreter meist von den Absichten der amtlichen Devisenpolitik ziemlich gut unterrichtet waren. Lassen wir den Dingen in dieser Richtung freien Lauf, so wird es in immer kürzeren Zeiträumen zu neuen und verheerendsten Lohnkämpfen kommen, die schließlich den gesamten sozialen Frieden aufs schwerste gefährden.

Mit der Annahme des Mieterschutzgesetzes werden naturgemäß die Mieterchutzbestimmungen überflüssig, wodurch dann auch dieses Gebiet einer endgültigen Regelung zugeführt wird.

Es ist bekannt, daß man in den Kreisen des Hausbesitzes und der hinter ihnen stehenden Kreise in den letzten Monaten alle Wimen springen ließ, um das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verhindern. Und in der Tat hätte eine Ablehnung des Gesetzes im Reichstage schwerwiegende Folgen auf unsere gesamte Wohnungswirtschaft ausgeübt, denn es wäre das Signal gewesen für den Abbau des Mieterschutzes überhaupt. Damit aber wäre mit einem Schlag das bestehende System der gebundenen Wohnungswirtschaft aufgehoben gewesen — trotz des Mieterschutzgesetzes! Sieht doch dieses bekanntlich das Inkrafttreten der gesetzlichen Miete nur auf Antrag vor, eine Bestimmung, gegen die wir uns feinerzeit scharf gewehrt hatten. Dann einen ausreichenden Mieterschutz aber hätte kein Mieter mehr wagen können, sein Verlangen nach der gesetzlichen Miete zu äußern, da er sich ja damit der Gefahr aussetzte, gekündigt zu werden und zur gesetzlichen Miete jedenfalls keine neue Unterkunft zu finden. Es wäre eben der deutschen Mieterschaft nichts anderes übrig geblieben, als sich mit den Hausbesitzern über die Miete zu verständigen. Und wie diese „Verständigung“ ausgefallen wäre, ist klar, sie hätte gelaute: Goldmieten!

Nun zum Inhalt des neuen Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter: Mit diesem Gesetze wird

**ein einheitliches rechtliches Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter**

geschaffen. Seither bestand ein unerwünschtes Nebeneinander der Instanzen. In ein und derselben Räumungssache mußte das Mieteinigungsamt mehrmals angerufen werden. Dieser unhaltbare Zustand wird jetzt beseitigt. In Zukunft gibt es nur noch die Räumungsfrage vor dem Amtsgericht. Mit Rücksicht auf den großen Mangel an Wohnungen geht das Gesetz davon aus, daß die Aufhebung des Mietverhältnisses nur aus besonderen Gründen zugelassen werden kann. Nach der Reichsverfassung steht jeder Familie das Recht auf eine Wohnung zu. In den §§ 2-4 werden die Gründe für die Zulassung der Aufhebung des Mietverhältnisses dargelegt. Als solche sind anzusehen, wenn sich der Mieter einer erheblichen Belästigung des Vermieters oder eines Hausbewohners schuldig macht oder durch unangemessenen Gebrauch des Mietraumes oder Vernachlässigung der gebotenen Sorgfalt den Mietraum oder das Gebäude erheblich gefährdet, oder wenn der Mieter einen Dritten im Gebrauch des Mietraumes belästigt, obwohl er zur Ueberlassung nicht befugt ist. Außerdem, wenn der Mieter mit der Einrichtung des Mietzinses längere Zeit im Rückstande bleibt. Der Vermieter kann ferner auf die Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn für ihn aus besonderem Grunde ein sehr dringendes Interesse an der Erlangung des Mietraumes besteht, das auch bei Vermeidung der Verhältnisse des Mieters die Vorentscheidung einer schweren Unbilligkeit für den Vermieter darstellen würde. Dabei muß der Umstand berücksichtigt werden, daß der Mieter im Einverständnis mit dem Vermieter in dem Mietraum bauliche, mit einem erheblichen Kostenaufwand verbundene Arbeiten hat vornehmen lassen. In den letzteren Fällen kann die Zwangsvollstreckung durch Auspruch in der Urteilsformel davon abhängig gemacht werden, daß für den Mieter ein unter Berücksichtigung seiner Wohn- und Geschäftsbedürfnisse angemessener Ersatzraum gesichert ist. Nach dem das Gericht auf Antrag des Mieters den Vermieter verpflichtet, dem Mieter die für den Umzug innerhalb des Gemeindebezirks erforderlichen Kosten ganz oder teilweise zu ersetzen, wenn dies nach Lage der Sache, insbesondere nach dem Vermögens- und Erwerbsverhältnissen der Vertragsparteien, der Billigkeit entspricht.

**Zur Lage**

Ein Punkt wirtschaftspolitischer Semantiken liegt hinter uns. Das öffentliche Interesse wurde zuletzt in besonderer Weise in Anspruch genommen, durch das Garantieangebot der deutschen Industrie, die Verhandlungen über den Zusammenbruch der Marktkrüfung vor dem Reichstagsauschuß und durch die Erhöhung der Vergewerkschaften. So verschiedenen wirtschaftlichen Sphären diese Ereignisse angehören, so eng verbunden sind sie durch ihre gemeinsame Wurzel: Die Verarmung und Verelendung Deutschlands.

Die wirtschaftliche Not unseres Vaterlandes hat wahrhaftig schon einen Höhepunkt erreicht, daß sie kaum noch einer Steigerung fähig erscheint. Wenn es sichere Mittel und Wege gäbe, um Deutschland rasch aus dieser bedrückenden Lage zu erlösen, so würden sie sicherlich angewandt werden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist aber leider anzunehmen, daß auch beim besten Erfüllungswillen der Regierung des gesamten Volkes und auch der einzelnen Interessentengruppen niemals dasjenige Maß von Leistungen an-

**Zur Annahme des Mieterschutzgesetzes**

Mit der am 15. Mai in 3. Lesung vom Reichstage erfolgten Annahme des Mieterschutzgesetzes ist der Schlüsselstein auf die gesetzliche Umgestaltung unseres bestehenden Systems der gebundenen Wohnungswirtschaft gelegt. Die durch unsere gesamte Wirtschaftslage bedingte Umgestaltung unseres Wohnungswesens legte dem Staate Pflichten in dreierlei Hinsicht auf: Einmal die Regelung der Mietzinsbildung, dann den Schutz des Mieters gegen willkürliche Kündigungen durch den Vermieter und schließlich die Sorge um die Finanzierung der Neubautätigkeit. Die Regelung der Mietzinsbildung geschieht durch das Reichsmietengesetz, der Schutz des Mieters gegen Kündigung erfolgte bislang durch den ganzen Komplex der Mieterchutzbestimmungen, die Finanzierung der Neubautätigkeit wird durch das Gesetz über die Wohnungsbaubgabe geregelt.

Wie's aber in der Welt zugeht, Eigentlich niemand recht versteht, Und auch bis auf den heutigen Tag Niemand gerne verstehen mag. Gehabe du dich mit Verstand, Wie dir eben der Tag zur Hand; Denk immer: It's gegangen bis jetzt, So wird es auch wohl gehen zuletzt.

**In Zahlen denken lernen!**

Von A. Sagemeier, München.

Einem großen Teil unserer Mitmenschen gelangt es sehr schwer, sich an die heutigen durch die Veränderung des Geldwertes bedingten Zahlenbegriffe zu gewöhnen. Die einen wissen bei ihren Einnahmen die Veränderung schon zu berechnen, bei den Ausgaben werden sie begriffungslos. Andere wieder beweisen durch sinnloses Geldausgeben, daß sie den relativen Wert ihrer Einnahmen nicht richtig abzuschätzen verstehen. Es ergeben sich da oft Momente, die zu humorvollem Gelächern geben, noch öfter aber bei Beurteilung der Folgen hart bedenklich stimmen müssen. Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse sind die geringe Anknüpfung auf eine Veränderung dieser Zustände erheischen es aber dringend, daß Sein und Schein der heutigen Wertverhältnisse, besonders in unserem Stande, richtig begriffen werden. Es gibt sicher einen Teil unserer Mitmenschen, denen die geistigen Fähigkeiten fehlen, hier mitzumachen. Es gibt auch einen Teil, der aus einer gewissen Unwissenlichkeit heraus dem Weiterdenken sich entzweit hält. Schließlich hat man aber auch eine weitere Schicht, bei der man beides nicht erschöpfend anführen kann, sondern schon Vorentscheid über Leistungen annehmen muß. Und den ergebnislos beiden Schichten ist es geradezu zu werden und Vergleiche aus früheren Zeiten für ihr Denken oder Nichtdenken heranzuziehen, brauchen wir nur in die Zeit unserer Eltern und Großeltern zurückzukehren.

In Deutschland bestand vor der Zeit der Gründung des deutschen Reiches (1871) ein hundertköpfiges System von Geld-

einheiten, Maß- und Gewichtsbegriffen. Beinahe jeder der damaligen 39 deutschen Bundesstaaten führte sein eigenes Geld, eigene Maße und Gewichte. Dazu kamen dann noch hinsichtlich der Maße und Gewichte, die in engeren Bezirken ortsbühlichen Maß- und Gewichtsbegriffungen. Nach der Gründung des deutschen Reiches trat eine etwas größere Vereinheitlichung ein. Der erstunnt sich nicht noch, von alten Zeiten die Wertbezeichnung nach Heller und Kreuzer, nach Groschen, Silbergroschen, Martengroschen, nach den verschiedenen hohen Talerbezeichnungen, nach Quinor und Friedrichsd'or und sonstigen Geldbezeichnungen gehört zu haben. Gewichte und Maße hatten gleichfalls eine hier nicht einzeln anzuzählende Vielgestaltigkeit. Der norddeutsche Bund (1867) und sein Nachfolger, das 1871 neugegründete Deutsche Reich, führten dann einheitlich die für den öffentlichen Verkehr maßgebenden Geld-, Maß- und Gewichtsbegriffungen ein. Und doch rechneten die Alten weiter nach ihren Kreuzern und Groschen. Sie beurteilten Bodenflächen auch weiter nach preussischen, hannoverschen, fränkischen Morgen, nach Redern und Tagewerken. Sie blieben beim Maßsystem, bei ihren gewohnten Scheffeln, Metzen, Bispeln usw. Erst die nach 1870 in die Schule gegangene Generation bekehrte sich allmählich zu den neuen, meistens auf das Dezimalsystem beruhenden Geld-, Maß- und Gewichtseinheiten. Die Jugend von damals hat manchmal überlegen über diese altwäterlichen Rechnungsmethoden gelächelt. Sie wußte es sich als das Alter von heute gefallen lassen — ob zu recht oder unrecht, mag jeder für sich prüfen —, von der Jugend von heute als rückständig angesehen zu werden.

Die Vorkriegszeit prägte hinsichtlich der verschiedenen Wertbezeichnungen den meisten Menschen einen gewissen Reflex, ein, von dem aus sie die außer ihrem engeren Leben stehenden Zahlengrößen beurteilten. Der Arbeiter maß die Bedürfnisse und Veranlassungen anderer Stände nach seinem Wohlstand. Der Bauer schätzte die Rechte anderer Volksteile nach dem ihm in seinem Berufe zu Gebote stehenden Vergleichen. Im großen und ganzen kann man sich dabei gegenseitig nicht ins Gebiete. Der Krieg mit seiner Zusammenfassung der Volksteile für einen Zweck schuf andere Zahlengrößen. Millionenheere traten an die Stelle der militärischen Friedenskräfte, Milliardenzahlen an Stelle der gewöhnlichen Staatshaushaltszahlen. Vielen Menschen

wurde erst durch die zahlenmäßigen Bedingungen des Waffenstillstandes klar, welche Millionen von Menschen auf beiden Seiten sich gegenüber standen, welche vielseitige Art und welche gewaltige Zahl von Kriegswerkzeugen zur Erreichung der Kriegsziele vorhanden waren. Grauen erregte die Demonstration der Zahl der Kriegstoten, der Kriegsverletzten, der verschiedenen Verletzungsarten der Kriegserhinterbliebenen, der Witwen und Waisen. Unfassbar erließen der Mehrzahl die Höhe der zu zahlenden Kriegsmilitionen. Mit einem Hauch dampfer Betäubung las man den Geldbedarf der durch den Krieg bedingten Staatsnotwendigkeiten. Und wer es nicht las, der spürte es am eigenen Leibe, daß eine Mark nicht eine Mark von ehedem war. Der Kleintrentner, der mit zwei- und dreitausend Mark jährlichem Kapitalzins einen bescheidenen Lebensabend erträumt hatte, mußte zu seinem Schreden wahrnehmen, daß der vorgegebene Jahresbedarf nur für Monate, später für Wochen und zuletzt nur noch für Tage ausreicht. Der Arbeiterfrau, die mit Pfennigen zu rechnen gewohnt war, stiegen die Zahlenbegriffe, für die sie im Laden mit ihrem Papiergeld aufgenommen mußte, oft über ihren geistigen Horizont hinaus. Der gerade bei Frauen so viel verjährte Weisheit mußte zur Errechnung der Geldbedürfnisse hergenommen werden. Diese Umwertung der Werte wurde nicht einmal von allen Geldempfängern (Wohnempfangern) glatt verstanden. Dem ist nicht ein altes gemülltes Haus vorgekommen, das einfach den „hohen Lohn“ ablehnte mit der Begründung: „Da muß ja die Welt zugrunde gehen, da will ich mich nicht mitschuldigen machen.“ In dem heute in bezug auf Geldrechnung ziemlich gewöhnlichen Bauernstand gab es auch Leute, die sich vor Zeiten weigerten, Preise zu nehmen, die wir heute als spottbillig bezeichnen würden. Die liebe alte Ehrlichkeit kam da in schlichter Weise bei beiden Typen zum Ausdruck. Der aus Rechnen gewohnte Handelsstand hat sich wohl am schnellsten auch geistig der Umwertung der Werte angepaßt. Wer selbst in Tagesgeriebe stand, wurde oft verblüfft durch die Rückständigkeit, mit der in den Geschäften neue Preise ausgesprochen wurden. Für die Banken und sonstigen Geldvermittlungsinstitute war es ja freilich keine Geschäftssache, Zahlen als Zahlen und nicht als lebendige Größen zu verbuchen. So könnte man in unterhaltener Blauderei den Faden weiterspinnen. (Schluß folgt.)

Das Verfahren wird vor dem Amtsgericht entschieden.

Die Weisiger müssen zur Hälfte aus Vermietern, aus dem Kreise der Hausbesitzer, und zur Hälfte aus Mietern bestehen...

Außerdem sind Vorschriften über besondere Mietverhältnisse vorgelesen. In erster Linie ist beim Tode eines Mieters das rechtliche Verhältnis für die Nachkommen geregelt.

Im § 17 wird die

Frage der Werkwohnungen

geregelt. Danach gelten die §§ 1-16 auch über die Dauer des Dienst- und Arbeitsverhältnisses hinaus. Diese Bestimmungen gelten jedoch nicht, wenn der Mieter durch sein Verhalten dem Vermieter gelegentlich begründeten Anlaß zur Auflösung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gegeben hätte...

Allgemeine Rundschau

Fragen der Stunde

wirft Kollege Stegerwald im „Deutschen“ auf: „Fünf Monate dauert der Kampf an der Ruhr. Immer noch steht der passive Widerstand wie eine Mauer vor der deutschen Heimat, und dieser Widerstand ist fest und unerschütterlich.“

Die Arbeitnehmerschaft an der Ruhr hat sich nicht besonnen, hat nicht geredet, als die Fremden einbrachen. Sie hat sich an vorderster Stelle mit den übrigen Volksgenossen zum Wall für das bedrohte Volk und Land gemacht.

Wir suchen den Geist der Verantwortung vor allem bei der Wirtschaft. ... Nun ist die Stunde da, in der durch die Leiter der Wirtschaft nicht mehr bloß privatwirtschaftlich, sondern überwiegend volkswirtschaftlich und volkspolitisch gedacht und gehandelt werden muß.

Wir suchen den Geist der Verantwortung bei den Parteien und das ist die entscheidende Frage: Werden die Parteien auch jetzt, da es sich um Weisungen und Richtlinien der deutschen Nation handelt, werden sie auch jetzt in mechanisch taktischen Schachzügen Auswege suchen, die den Kreisen, die sie vertreten, Opfer ersparen, oder werden sie endlich die Kraft, die Größe finden, von ihren Kreisen Opfer zu verlangen, die allein uns retten können?

Wenn die Arbeitnehmerschaft diese Fragen im Sinne eines klaren, wahrhaft nationalen Opferwillens beantwortet, wenn sie sieht, daß die deutsche Wirtschaft mit starkem freiem Entschluß ohne Winkelzüge bereit ist, der deutschen Freiheit den Weg zu bereiten, dann wird auch sie über Resolutionsfragen mit sich reden lassen.

Am 9. Juni 1923 ist der dreilundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

Starke Erhöhung der Großhandelspreise in der zweiten Maihälfte

Infolge der neueren Entwertung der Mark hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des statistischen Reichsamts von dem 7103fachen des Friedensstandes am 15. Mai auf das 9034fache oder um 27,1 Prozent am 25. Mai gehoben.

Je radikaler, desto unzuverlässiger

Diese Behauptung hat sich schon oft bewahrheitet. Auch jetzt wird wieder aus dem Saargebiet gemeldet, daß der dreimal revolutionäre Vorsitzende der Syndikalistin an der Saar, Weber, nicht nur selbst zum Streikbrecher geworden ist, sondern auch durch die Zeitung die anderen Vergarbeiter zum Streikbruch aufgefordert hat.

Die bisherigen Verbandsangestellten Emil Becker und Karl Krämer standen schon lange im Verdacht, es nicht ehrlich mit dem Verband zu halten. Nachdem die Beweise für eine enge Verbindung der beiden mit französischen Kreisen vorhanden waren, sollten beide aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Die der „Vorwärts“ mitteilt, hat Becker bereits bei dem Einzug der Franzosen in Saarbrücken im Jahre 1919 in einer Versammlung erklärt, das französische Militär bringe uns die ersehnte Freiheit, und Krämer hätte 1922 bei den Wahlen zum Landesrat eine Zeitung gegründet, deren kostspielige Finanzierung angeblich durch eine Zusage eines argentinischen Onkels ermöglicht worden sei.

Angesichts dieser Verräterstiche wie auch insbesondere der neuesten Vorgänge im Ruhrgebiet kann man nicht eindringlich genug die Mahnung wiederholen, die einst der alte Deibel aussprach: Arbeiter, seht Euch Eure Führer an!

Arbeitgeber und Arbeitsgemeinschaft

In der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“, Nr. 6, behandelt Herr Dr. Otto Leibrock: „Die Bedeutung der Zentralarbeitsgemeinschaft für die deutsche Reichseinheit.“ Nach einer längeren historischen Betrachtung über die Verhältnisse nach dem Kriege wird hervorgehoben, daß wir vor einem Trümmerhaufen standen, und es schien, als ob es gar keine Möglichkeit mehr gäbe, dem allgemeinen Chaos zu entgehen.

werden. Wante, die nicht mitgetragen wurde von dem besseren, verständigeren Teil der deutschen Arbeiterschaft. Zum Schluß weist er auf den Kampf an Rhein und Ruhr hin und hebt hervor, daß sich unser deutsches Vaterland in einer ähnlichen Lage wie 1918 befindet.

Daß solche Gedankengänge in einem führenden Unternehmerrblatt gedruckt werden können, darf gegenüber dem früheren Zustand immerhin als einen Fortschritt bezeichnet werden. Aber sollte man nicht auch auf Arbeitgeberseite endlich zu der Einsicht gelangen, daß es heute weniger darauf ankommt, theoretisch den Willen zur Arbeitsgemeinschaft zu bekunden, als vielmehr diesen Willen in die Praxis umzusetzen?

Wirtschaftliche Bewegung

Oberschlesien

Meinzig O.-S. Die seit Ende April verstärkte einsetzende Teuerung hat die am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerverbände veranlaßt, neue Forderungen für den Monat Mai einzureichen. Nach dem Tarifvertrag § 5 Abs. 4 kann eine Änderung der Löhne vereinbart werden, wenn in den Kosten für den Lebensunterhalt eine Veränderung eingetreten ist.

Der ersten Monatshälfte 11% Lohnerhöhung auf die Aprillöhne, der zweiten Monatshälfte 20%, Spitzenlohn 240,- M. für Maurer, Zimmerer und Remerisch Arbeiter.

Mit diesen Lohnzuschlägen ist die augenblickliche Teuerung, die in Oberschlesien besonders schlimme Formen angenommen hat (werden wir doch von zwei Nachbarstaaten ausgefaßt), nicht abgelenkt. Ein großer Teil der Kollegen verläßt das deutsche Oberschlesien, um in Polen-Oberschlesien die Arbeit aufzunehmen, weil dort ein Tariflohn von 110,- M. in polnischer Währung gezahlt wird.

Nach dem großen Ruhrstreik ist die Polenmacht unserer Überlegen. Die Frage ist, daß jetzt schon ein Kamel an Maurern und Zimmerern herüber, trotzdem ein großer Teil Bauarbeiter aus dem Breslauer Gebiet hier in Arbeit steht.

Der Lohn- und Arbeitsstreik konnte noch nicht abgeschlossen werden, weil in verschiedenen Punkten eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die prognostische Abklärung der Bauarbeiterlöhne, wie sie im Reichsstarifvertrag niedergelegt ist, die Lehrlohnentschöpfung, Stellenprüfung usw. sind strittig und bedürfen noch der Klärung. Wir sind energisch bestrebt, den Lohn- und Arbeitsstreik unter Dach und Fach zu bringen, denn in letzter Zeit haben sich solche Mängel auf den Baustellen eingestellt, daß sie dringend der Abstellung bedürfen.

Man kann in München sichergehen, man wünschet leicht zum Ueberdruß, wir aber wünschen nicht vermissen, wir wünschen was man wünschen muß, denn soll der Mensch im Leben leben, so braudet er sein täglich Brot, und soll er sich im Welt erheben, so ist ihm seine Freiheit wol.

C. Ragojch

Generungs- und Schornsteinbau

XXI. Fortsetzung der Löhne

Gemäß VBS des Reichslohn- und Arbeitsstarifvertrages für feuerungstechnische Arbeiten vom 3. März 1922 werden folgende Sätze festgesetzt:

1. Von der Lohnwoche, in welche der 2. Juni fällt, wird der Grundlohn für Norddeutschland auf 2470,71 M. für Süddeutschland auf 2158,80 M. festgesetzt.

Table with 2 columns: North Germany (Norddeutschland) and South Germany (Süddeutschland). Rows include Fire masons (Feuerungsmaurer), Chimney masons (Schornsteinmaurer), and their assistants (Helfer).

2. Die Reiseentfädigung wird vom 2. Juni 1923 wie folgt berechnet:

Table with 2 columns: North Germany (Norddeutschland) and South Germany (Süddeutschland). Rows include Fixed fee (Fester Satz) and Mileage (Kilometergeld).

Die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbaumaurenerlohn einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll beschränkt sein, daß der Feuerungsmaurer stets 5%, der Schornsteinmaurer stets 10% über den Hochbaumaurenerlohn erhält.

Aus dem Verbandsleben

25 Jahre christliche Bauarbeiterbewegung in Berlin

Einen Sechstag besonderer Art konnte die Berliner Gewerkschaften unseres Verbandes in diesen Tagen feiern. 15 ihrer Mitglieder blickten auf die Zeit zurück, da sie vor 25 Jahren sich erstmals öffentlich zu christlich-sozialen Gewerkschaftszwecken bekamen und diesem Bestimmung durch Gründung einer christlichen Berufsorganisation Ausdruck gaben.

Die Gründung unseres Verbandes erfolgte bekanntlich kurz vor der Jahrhundertwende.

Ein Terrorismusfall, versucht an drei christlichen Mauern, darunter der jetzige Verbandsvorsitzende Wiedeberg, gab unter Führung des Tischlers Paul Weigel Anlaß zur Gründung eines Vereins „Arbeiterchor“ nach Münchener Muster.

Dieses Verdienst um die Gründerzeit des Verbandes ist von den Berliner Kollegen stets als eine hehre Tradition bewahrt worden, aber als eine solche, die verpflichtet.

So hat die Berliner Kollegen stets als eine hehre Tradition bewahrt worden, aber als eine solche, die verpflichtet. Von Berlin aus spannten sich in der Gründungszeit die Fäden, die die um die Jahrhundertwende vielerorts entstandenen Gruppen des Verbandes „Arbeiterchor“ und die mehr oder minder lokalen christlichen Bauarbeitervereinigungen Westdeutschlands zu einer geschlossenen Masse im Verbande christlicher Mauerer und verwandter Berufsgruppen zusammenließen.

So sind die 13 Berliner Jubilare und übrigens noch manche andere, die das Schicksal inzwischen in andere Gebiete unseres Vaterlandes verschlagen hat, recht eigentlich die Bauarbeiterbewegung, aus denen der Stamm unseres christlichen Bauarbeiterverbandes hervorgegangen ist.

wenn sie nach nunmehr 25 Jahren das einst unter so unendlichen schwierigen Verhältnissen begonnene Werk überdauern, dann darf sie, an ihrer Spitze unser verehrter Verbandsvorsitzender, Kollege Wiedeberg, berechtigter Stolz und Gemüthung erfüllen: Die Saat vom Februar 1898 ist herrlich aufgegangen.

Siegen. Am Himmelfahrtstage fand unsere diesjährige Verwaltungskonferenz statt, die aus allen Gebieten der Bauverwaltung gut besucht war.

Nach der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ ergaben sich für die Arbeitergruppen in den Hauptstädten der nachstehenden Gewerbe- und Industriezweige im April folgende Wochenlöhne (für das Baugewerbe errechnet nach den Tariflöhnen in den Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern und in Erfurt):

Table with 5 columns: Beruf (Occupation), Wochenlohn (Weekly wage), and Steigerung gegenüber 1913 (Increase compared to 1913). Rows include Mauerer Zimmerer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, etc.

Die Voraussetzung der vollen Arbeitszeit trifft aber für 34,8 v. H. der Arbeiter nicht zu, da unter 3 991 345 Mitgliedern der Facharbeiterverbände Ende April 253 911 = 6,4 v. H. (Ende März 5,4 v. H.) Sollarbeitslose (im Baugewerbe 11 v. H. arbeitslos) und 1 135 600 = 28,4 v. H. (Ende März 24,3 v. H.) Kurzarbeiter gezählt wurden.

Belegung der Wohnungen in London. In London — also nicht in Berlin — leben von 1 120 597 Familien 424 693 = 38 v. H. im Alleinbesitz einer abgeschlossenen Wohnung.

Bücherchau. Drei wichtige Schriften: Die geistigen Grundlagen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. 2. Auflage. Preis: Grundzahl — 30 M.

Daß diese Schrift so kurz nach Erscheinen neu aufgelegt werden mußte, beweist, daß die Herausgabe ein Bedürfnis war, und die vielen glänzenden Besprechungen zeugen von dem Wert des Buchleins.

Wie wehre ich mich gegen eine Entlassung?

Heute, in der Zeit drohender Betriebsbeschränkungen und Arbeitslosigkeit ist diese Frage geradezu eine Schicksalsfrage für Millionen von Arbeitern.

Das Arbeitsnachweiswesen in seiner Entstehung und gesetzlichen Regelung

Je mehr die Arbeitslosigkeit zunimmt, um so härter tritt hervor, welche ungeheure Bedeutung das Arbeitsnachweiswesen hat.

Die Grundzahlen werden mit der Schlüsselzahl des Vorkriegsstandes, die bei jeder Verbandszeitung und Buchhandlung zu erfragen ist, vervielfältigt.

Bekanntmachungen

Das Bureau des Sekretariats für Mittel- und Oberbaden, Sitz Freiburg, sowie der Verwaltungsstelle Freiburg i. Br., befindet sich ab 1. Juni 1923 Merianstraße 17.

Aufforderung!

Der Kollege Martin Herget, aus Hilders gebürtig, wird gebeten, seine jetzige Adresse anzugeben.

Sterbetafel.

Am 15. Mai verunglückte der Kollege Peter Jünger beim Einflug einer Mauer. Jünger ist 42 Jahre alt und hinterläßt acht unversorgte Kinder.

Bauproduktivenoffenheit Nürnberg u. Umgeb.

Table with 4 columns: Aktiva (Assets) and Passiva (Liabilities). Rows include Bankguthaben, Immobilien, etc.

Gewinn- und Verlustrechnung.

Table with 4 columns: Einnahmen (Income) and Ausgaben (Expenses). Rows include Betriebserlösgewinn, Abschreibungen, etc.

Verteilung des Reingewinns:

Gewinn des Jahres 1922: Mitgliederfond = 50 mit 97 Geschäftsanteilen.

Mitgliederbewegung:

Am 1. Januar 1923: Mitgliederfond = 50 mit 97 Geschäftsanteilen.